

Republik Österreich


Dr. Johannes Ditz
WirtschaftsministerWien, am 17. August 1995
GZ: 10.101/274-Pr/10a/95Herrn
Präsidenten des Nationalrates
Dr. Heinz FISCHERParlament
1017 W i e nXIX. GP-NR
1455 /AB
1995-08-22

zu 1539 /B

In Beantwortung der schriftlichen parlamentarischen Anfrage Nr. 1539/J betreffend die Sitzung des EU-Energierates vom 1. Juni 1995, welche die Abgeordneten Dkfm. Ilona Graenitz, Genossinnen und Genossen am 4. Juli 1995 an mich richteten, stelle ich fest:

Punkte 1 bis 4 der Anfrage:


Welches Konzept vertritt Österreich bei der Schaffung des EU-Energiemarktes?

Welche Auswirkungen wird dies auf die österreichische Energiewirtschaft haben?

Welche Gremien haben dieses Konzept erstellt?

Gedenken Sie, dem Nationalrat dieses Konzept zur parlamentarischen Diskussion vorzulegen?

Republik Österreich


Dr. Johannes Ditz
Wirtschaftsminister

- 2 -

Antwort:

Die Anfrage bezieht sich offensichtlich auf die Verwirklichung des Binnenmarktes für leitungsgebundene Energieträger in der Europäischen Union.

In diesem Zusammenhang steht in den Brüsseler Ratsgremien derzeit ein Richtlinienvorschlag der Europäischen Kommission betreffend gemeinsamer Vorschriften für den Elektrizitätsbinnenmarkt in Behandlung. Ein weiterer Richtlinienvorschlag für den Gassektor soll erst zu einem späteren Zeitpunkt diskutiert werden.

Die Bundesregierung ist, wie bereits im Energiekonzept 1993 zum Ausdruck gebracht, grundsätzlich dem Ziel der Liberalisierung des Elektrizitäts- und Gassektors verpflichtet.

Für die genaue Ausgestaltung bzw. Umsetzung dieser Zielvorgabe im europäischen Gleichklang ist der endgültige Inhalt der obzitierten Richtlinienentwürfe maßgeblich. Ein guter Teil der wesentlichen Bestimmungen steht jedoch noch in Diskussion. Es kann somit noch nicht gesagt werden, welche Richtlinienbestimmungen letztlich innerösterreichisch umzusetzen sein werden.

Angesichts dieser Sachlage unterhält die Bundesregierung kontinuierliche Kontakte mit den betroffenen Kreisen der Energiewirtschaft und ebenso mit den Sozialpartnern zur Abstimmung der österreichischen Verhandlungsposition in den EU-Gremien. Ein verbindliches "Konzept" wurde jedoch, aus obgeschilderten Gründen, noch nicht erstellt. Ebensowenig sind derzeit fundierte Aussagen über allfällige Auswirkungen auf die österreichische Energiewirtschaft möglich.

Liegt ein derartiges Konzept vor, so wird das Parlament sicherlich in geeignet erscheinender Weise befaßt werden.

